

Weniger Lärm anstatt neuer Umfahrungen

Rudersberg Drei Jahre nach dem Bürgervotum sind neue Straßen kein Thema. *Von Oliver Hillinger*

In Rudersberg bemüht man sich, die Lärmbelastung entlang der Ortsdurchfahrten weiter abzusenken. Drei Jahre nach dem Bürgerentscheid, der eine Umfahrung der beiden Teilorte Schlechtbach und Michelau verhinderte, hat der Gemeinderat der zweiten Auslegung eines so genannten Lärmaktionsplans zugestimmt. Er soll die Belastung der Anwohner entlang der Ortsdurchfahrten verringern helfen. Das gelte besonders für die mehr als 800 Lastwagen, die den Ort täglich durchqueren, sagt Bürgermeister Martin Kaufmann. Ein starkes Drittel von ihnen soll auf die B 14/B 29 ausweichen. Pauschale Tonnagebeschränkungen in Rudersberg lehnt der Schultes hingegen ab.

Lärm als starkes Argument

Der Lärmaktionsplan gilt gemeinhin als starkes Argument gegenüber anderen Behörden von Kreis und Land, um einen Umbau der Ortsmitten zur Verkehrsberuhigung durchzusetzen. Kaufmann nimmt dafür die fachliche Hilfe eines Verkehrsbüros aus dem nordrhein-westfälischen Aachen in Anspruch. Der Schultes hatte in der Vergangenheit wiederholt erklärt, er wolle für die Ortsdurchfahrten von Rudersberg ein besonders innovatives Konzept erreichen. Rund 12 000 Autos fahren täglich durch Rudersberg und den Teilort Schlechtbach.

Vor drei Jahren hatte ein Bürgerentscheid Plänen einer großangelegten Umgehungsstraße durch das Wieslauftal ein Ende bereitet. Nachdem die Planung im September 2006 verkündet worden war, machte eine Bürgerinitiative namens „Lebenswertes Wieslauftal“ gegen die Straßenpläne mobil. Ein Bürgerentscheid im September 2007 zwang die Gemeinde, gegen die Umfahrung zu votieren. „Die Wogen haben sich inzwischen geglättet“, heißt es in einer Pressemitteilung der Bürgerinitiative. Die unlängst in Rudersberg und Schlechtbach ausgewiesenen Tempo-30-Zonen böten Anlass zur Hoffnung, „dass dies nicht die einzigen Maßnahmen bleiben“, um die Straßenanwohner zu entlasten, schreibt die Bürgerinitiative.

Pläne sind ad acta gelegt

Drei Jahre nach dem Bürgerentscheid ist die Gemeinde jedoch an dessen damaliges Votum, gegen die Straße zu stimmen, formal nicht mehr gebunden. Bürgermeister Martin Kaufmann selbst hält sich mit eindeutigen Aussagen dazu zurück. Ihm liege zurzeit keine Anfrage des Regierungspräsidiums zu möglichen Ortsumfahrungen vor, sagt der Schultes. Von Seiten des Regierungspräsidiums (RP) hieß es gestern, man habe die Planungen aufgrund der negativen Stellungnahme der Gemeinde nach dem Bürgerentscheid im Jahr 2007 eingestellt und ad acta gelegt. Das zeige sich auch daran, dass eine Umfahrung der Rudersberger Teilorte Michelau und Schlechtbach sich nicht mehr in der Vorschlagsliste zum künftigen Generalverkehrsplan des Landes finde, heißt es seitens des RP. Der Plan soll 2011 beschlossen werden.

Das Rudersberger Rathaus drängt jedoch nach wie vor darauf, einen Wegweiser an der Backnanger „Spritnase“ zu verändern, der den Verkehr in Richtung Schornsdorf über Rudersberg lenkt. Zwar müsse abgewogen werden, ob eine solche Umleitung mehr Belastung für die Bewohner entlang der B 14 bringe, erklärt Kaufmann. Er sei jedoch zuversichtlich, mit der Lärmaktionsplanung eine rechtliche Handhabe für seine Gemeinde zu haben, aufgrund derer man sich in dieser Sache einigen könne.